

Bremeneckgasse 2,
69117 Heidelberg

Tel : +49 6221 – 98 11 01
Fax : +49 6221 – 98 11 90

zentralrat@sintiundroma.de
www.sintiundroma.de

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Hannelore Kraft
Leipziger Str. 3-4
10117 Berlin

17. Dezember 2010

A P P E L L
für den Schutz und die Erhaltung der Grabstätten von
Holocaust-Überlebenden der Sinti und Roma

Sehr geehrte Frau Bundesratspräsidentin,

wir bitten Sie um eine Initiative des Bundesrats für eine bundesweite Regelung, damit die Grabstätten von NS-Verfolgten Sinti und Roma dauerhaft erhalten und geschützt werden.

Viele der Gräber von Sinti und Roma, die Opfer der Völkermordmaßnahmen durch die Nationalsozialisten waren und nach 1945 verstorben sind, sollen wegen abgelaufener Grabrechte jetzt endgültig beseitigt werden. Für unsere Familien ist der Erhalt dieser Grabstätten als geschützte Gedenkorte von großer Bedeutung, auch weil es für die meisten im Nationalsozialismus ermordeten Angehörigen nirgendwo eine Grabstelle gibt. Neben den Präsidenten des Deutschen Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes unterstützten auch Ministerpräsidenten und verantwortliche Politiker in den Ländern ausdrücklich eine Regelung, damit diese Grabstätten in öffentliche Obhut genommen werden können.

Das derzeitige Gräbergesetz schützt nur die Ruhestätten von NS-Verfolgten, die bis zum 31. März 1952 gestorben waren. Ein ewiges Ruherecht wie auf den jüdischen Friedhöfen gibt es für die Gräber der betroffenen Sinti und Roma nicht.

Sinti und Roma in Deutschland waren Opfer des nationalsozialistischen Völkermordes. Eine halbe Million Angehörige der Minderheit, Männer, Frauen und Kinder, fielen dem Holocaust zum Opfer und wurden in den Konzentrationslagern und durch die SS-Einsatzgruppen ermordet. Die Anerkennung des Völkermordes an den Sinti und Roma erfolgte in Deutschland erst im Jahre 1982 und erst in den letzten Jahrzehnten hat aufgrund der Bürgerrechtsarbeit eine historische Aufarbeitung dieser Verbrechen eingesetzt. Viele Holocaust-Überlebende der Sinti und Roma, die als Kind und Jugendliche in die Konzentrationslager deportiert wurden und überlebten, sind in den Folgejahren an den Spätfolgen ihres erlittenen Verfolgungsschicksals gestorben.

Als weitere Erstunterzeichner unterstützen diesen Appell auch Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland wie die Vorsitzenden mehrerer Jüdischer Organisationen und Gemeinden, eine Gruppe von 26 Bundestagsabgeordneten aus allen Fraktionen und aus Fraktionsvorständen, Vertreter der Medien und Wirtschaft, wie Frau Friede Springer und der Gründer des Dax-notierten Unternehmens MLP, Manfred Lautenschläger, außerdem die Oberbürgermeister mehrerer Großstädte und die Vorstände von Verfolgten-Organisationen aus Deutschland und dem europäischen Ausland.

Wir bitten Sie, für eine entsprechende Regelung zum Schutz dieser Grabstätten eine Initiative im Bundesrat zu ergreifen.

Mit freundlichen Grüßen

Es folgen die Unterschriften von 22 Überlebenden der NS-Verfolgungen